

Pressemitteilung zum Austausch mit der Leitung des Ansbacher Frauenhauses

Gewalt gegen Frauen kommt leider täglich vielfach vor und in Zeiten von Corona sind die gewalttätigen Übergriffe gegen Frauen in die Höhe geschossen. Es muss nicht immer körperliche Gewalt sein, auch seelische Gewalt kann Frauen in eine unerträgliche Lage bringen. Schutz und Unterstützung in ihrer Notlage finden sie im Frauenhaus.

Seit über 30 Jahren gibt es ein Frauenhaus in Ansbach. Grund genug für die Kreisrätinnen Gabi Schaaf (B.90/Grüne), Petra Hinkl (SPD) und Maria Hetzel (ÖDP) im November die Leitung des Ansbacher Frauenhauses, Frau Brigitte Guggenberger und den neuen Leiter des Caritasverbandes Ansbach, Herrn Sebastian Grund, zu besuchen, um sich über die Situation des Ansbacher Frauenhauses auszutauschen. Im Hinblick auf den internationalen Frauentag haben sich die drei Politikerinnen erneut beim Caritasverband nach der derzeitigen Lage erkundigt.

Das Ansbacher Frauenhaus ist aktuell gut belegt. Die Frauen wohnen, teils mit ihren Kindern, in einem Zimmer. Sie können zwar die Gemeinschaftseinrichtungen nutzen, doch ist vieles wegen Corona eingeschränkt. Für eine positive Entwicklung der Frauen ist es enorm wichtig, bald auf eigenen Füßen stehen zu können, indem sie Arbeit und eine eigene Wohnung finden. Doch gerade für sozial benachteiligte Personen fehlt in der Region das passende Angebot. Benötigt werden kleinere, bezahlbare Wohneinheiten. Es braucht Wohnraum an Orten, an denen der Öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut ist, da viele der Frauen kein Auto zur Verfügung haben. Das führt alles dazu, dass der durchschnittliche Aufenthalt im Frauenhaus bei sechs Monaten liegt. Solange brauchen sie bis sie eine passende Wohnung finden oder sie kehren als Notlösung zu ihrem gewalttätigen Partner zurück.

Durch die lange Verweildauer im Frauenhaus kommt es auch zu Engpässen, die durch Kooperationen mit anderen Frauenhäusern aus der Region ausgeglichen werden müssen. Doch das wird immer schwieriger, trotz des großen Engagements der Sozialarbeiterinnen und der vielen Ehrenamtlichen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren bekannt. Dennoch wird die Situation eher schlechter als besser und trifft gerade die Schwächsten in der Gesellschaft. Deshalb appellieren die Fraktionsvorsitzenden an die Kommunen sich für die Schaffung von Wohnraum zu erschwinglichen Preisen einzusetzen. Aus Sicht von Frau Schaaf, Frau Hinkl und Frau Hetzel sollten bei aktuellen Festlegungen in Bebauungsplänen immer ein bestimmter Anteil an Sozialwohnungen mit eingeplant werden. Jede Kommune würde gut daran tun, sich diesem Problem anzunehmen und sich für die Schaffung von Wohnraum bzw. entsprechende Nutzung von schon vorhandenem Wohnraum für alleinstehende Frauen in Notsituationen einzusetzen.